

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/123

2. Juli 1973

Die Jungen festigen die Freundschaft

Zum zehnten Jahrestag des deutsch-französischen
Jugendwerks

Von Heinz Westphal MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Niedersachsen-SPD hinter Alfred Kubel

Ministerpräsident als Spitzenkandidat für die
Wahl 1974

Seite 3 / 46 Zeilen

Realisierter Fortschritt Überwindet Skepsis

Notwendige Anmerkungen zum Thema Bundeswehr-
hochschulen

Von Karl-Heinz Hansen MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 4 und 5 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Käliner Straße 10 3-112. Telefon: 7 66 11

Die Jungen festigen die Freundschaft

Zum zehnten Jahrestag des deutsch-französischen Jugendwerkes

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Ein zehnter Geburtstag ist ein guter Anlaß, Bilanz zu ziehen. Bilanz eines Versuches, die Versöhnung zwischen zwei Völkern nicht nur von Regierungsseite her, sondern sozusagen von Mensch zu Mensch zu betreiben. Es war nicht leicht, die Vorstellung vom "Erbfeind" aus dem Bewußtsein von zwei Nationen zu verdrängen, die Jahrhunderte lang vom Nachbarn meist nur bei kriegerischen Auseinandersetzungen Kenntnis genommen hatten. Nach dem Krieg formierten sich aber auf beiden Seiten die Vorkämpfer einer deutsch-französischen Verständigung, die durchdrungen waren von dem festen Willen, mit der für beide Völker so überaus leidvollen Geschichte endlich Schluß zu machen. Ihre Bemühungen gipfelten schließlich im Deutsch-Französischen Vertrag vom 22. Januar 1963. Ein wesentlicher Punkt des Vertrages war die Gründung einer Organisation zur Förderung des Jugendaustausches zwischen beiden Ländern.

Am 5. Juli 1963 wurde das "Abkommen über die Errichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerks" unterzeichnet. Dieses Jugendwerk konnte dann im Januar 1964 mit seiner Arbeit beginnen. Seit seinem Bestehen haben mehr als drei Millionen junge Deutsche und Franzosen an den Begegnungsprogrammen des Jugendwerks teilgenommen. Obgleich die finanziellen Mittel, die von beiden Staaten in einen gemeinsamen Fonds eingezahlt werden, sich seit 1964 von rd. 40 Millionen DM auf 30 Millionen DM verringert haben - bedingt durch die Abwertung des Francs - übersteigen sie immer noch bei weitem die Zuwendungen für den Jugendaustausch mit anderen Ländern.

Die Grundidee des Deutsch-Französischen Jugendwerks besagt, daß seine Aktivitäten jedem Jugendlichen zugänglich sein müssen. Das heißt, es muß Programme und Begegnungen sowohl für Schüler und Studenten, wie auch für Lehrlinge und junge Berufstätige beinhalten. Der Austausch soll alle Bereiche der Begegnung junger Menschen umfassen und sich um die soziologische, psychologische und pädagogische Betreuung kümmern. Partnerschaften zwischen Schulen und Städten, gemeinsame Begegnungsprogramme von Jugendverbänden und Jugendorganisationen werden genauso gefördert wie die Ausbildung von Führungskräften, von Gruppenleitern für Jugendlager und Ferienkolonien oder wie wissenschaftliche Untersuchungen und Forschungsarbeiten über Jugendfragen.

Daß für die junge Generation von heute kaum noch von Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist, scheint mir der beste Beweis für die erfolgreiche Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks in diesen zehn Jahren zu sein. Die Begegnung und die Partnerschaft zwischen den Jugendlichen beider Länder ist für sie so selbstverständlich, so alltäglich, daß diese praktizierte Trans-

nationalität auch die Forderung nach einem "Europäischen Jugendwerk" ausgelöst hat, das im letzten Jahr gegründet wurde.

Aber was mir vor allem bemerkenswert erscheint an diesem zehnten Geburtstag, ist die Tatsache, daß Frankreich und Deutschland auch heute noch gewillt sind, das Deutsch-Französische Jugendwerk als funktionsfähiges Instrument einer lebendigen Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu erhalten und nicht nach dem Parkinsonschen Gesetz zu einem bürokratischen Verwaltungsapparat degradieren zu lassen. Das war der Grund für das anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen unterzeichnete Änderungsabkommen über das Deutsch-Französische Jugendwerk. Diese Neuregelung bedeutet nicht, daß sich das Deutsch-Französische Jugendwerk nicht bewährt hätte, aber nach zehn Jahren wurde es notwendig, die Strukturen zu überprüfen und den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Änderung sieht vor allem die Zusammenlegung der deutschen und französischen Abteilung zu einem "integrierten Generalsekretariat" vor, dessen Sitz Bonn sein wird. Zur Erleichterung der Arbeit wird in Paris ein ständiges Büro eingerichtet, das dem Generalsekretär unmittelbar unterstellt ist und höchstens acht Bedienstete haben darf.

Für die nächsten sechs Jahre wird ein französischer Staatsangehöriger zum Generalsekretär und ein Deutscher zu seinem Stellvertreter ernannt werden. In den darauf folgenden vier Jahren wird ein Deutscher Generalsekretär sein. Diese Umstrukturierung soll eine wirksamere Verwaltung ermöglichen und zur Einsparung von Personalkosten führen, die den Förderungsprogrammen direkt zugute kommen sollen.

Das Kuratorium hatte bisher 20 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter. Dem neuen Kuratorium werden 28 Mitglieder angehören, im Gegensatz zu früher sollen die Stellvertreter "echte" Stellvertreter sein, das heißt, aus demselben Bereich der Jugendarbeit kommen wie die Mitglieder. Sie sollen an den Beratungen des Kuratoriums auch nur teilnehmen, wenn ein Mitglied verhindert ist.

Das Kuratorium, das seine Arbeit in diesem Jahr noch fortsetzen wird, trat anschließend an die Unterzeichnung des Änderungsabkommens zu einer Sitzung zusammen. Im Vordergrund der Beratungen standen die Fragen, vor allem personeller Art, die sich aus der Umstrukturierung ergeben sowie die Vorbereitung neuer Richtlinien, die am 1. Januar 1974 in Kraft treten sollen. Diese Richtlinien, die von einer Kommission des Kuratoriums gegenwärtig beraten werden, sollen für eine neue inhaltliche Konzeption der Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks sorgen. Dabei werden die Erfahrungen der letzten zehn Jahre und die Inhalte, die neu in das Bewußtsein der Beteiligten getreten sind, Berücksichtigung finden. - In seiner Laudatio zum zehnten Geburtstag des Deutsch-Französischen Jugendwerks bezeichnete Prof. Dr. Carlo Schmid die Jugend als wichtigsten Pfeiler im Brückenbogen der deutsch-französischen Freundschaft. Eindringlich appellierte er an die deutsche und französische Jugend: "Verlaßt die eingefahrenen Gleise der Vergangenheit und arbeitet die Vorurteile ab, denn in dieser Welt wird nichts gutgehen, wenn Deutsche und Franzosen nicht zusammengehen. streift die Schlacken der Vergangenheit ab, und beginnt, euch gegenseitig zu akzeptieren!" +++
(-/2.7.1973/bgy/ex)

Niedersachsen-SPD hinter Alfred Kubel

Ministerpräsident als Spitzenkandidat für die Wahl 1974

Alfred Kubel ist wieder Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD für die voraussichtlich am 9. Juni 1974 stattfindende Landtagswahl. Der SPD-Landesausschuß - das Spitzen- und Koordinierungsgremium der vier selbständigen SPD-Bezirke Hannover, Braunschweig, Weser-Ems und Nord-Niedersachsen - hat den Ministerpräsidenten mit 17 Ja- und zwei Nein-Stimmen in diese Position gewählt.

Alfred Kubel hat die Spitzenkandidatur "ohne Bedingungen und Einschränkungen" akzeptiert. Der 64jährige Ministerpräsident und der Landesausschußvorsitzende, Prof. Dr. Peter von Oertzen, wiesen damit Vermutungen zurück, Kubel wolle in der Mitte der nächsten Legislaturperiode sein Amt zur Verfügung stellen.

Alfred Kubel, der schon im Mai 1946 zum Ministerpräsidenten des damaligen Landes Braunschweig ernannt worden war und mit einer Unterbrechung von nur zwei Jahren bis 1970 dem niedersächsischen Kabinett als Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Finanzminister angehörte, gab sich vor dem Landesausschuß und der Presse optimistisch: "Wir können einen sachlichen Wahlkampf führen, weil wir Leistungen vorzuweisen haben." Der SPD-Spitzenkandidat bezeichnete es als ein allen Einzelfragen übergeordnetes Ziel der Landtagswahl des nächsten Jahres, die Regierung Willy Brandts zu unterstützen und die Grundlage für eine sozialdemokratische Bundesratsmehrheit zu schaffen.

In einem zusammenfassenden Leistungsüberblick der von ihm seit dem 8. Juli 1970 geführten Landesregierung unterstrich Kubel, daß es darauf ankomme, mit der Wahlentscheidung 1974 die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die erfolgreiche Politik seiner Regierung in allen landespolitischen Bereichen kontinuierlich fortgesetzt werden könne. In den Mittelpunkt seines gewissermaßen schon jetzt vorweggenommenen Rechenschaftsberichts stellte der Ministerpräsident die Bildung, die Sozialfragen, die Wirtschaft, die Innere Sicherheit, die Verwaltungs- und Gebietsreform und die alle Bereiche miteinander verklammernde Finanzpolitik. Zur Arbeit der Landesregierung sagte Kubel, daß die Politik seiner Regierung nicht darauf angelegt worden sei, kurzfristig auf aktuelle Bedürfnisse und Notwendigkeiten zu reagieren, sondern unter langfristigen Aspekten die Zukunft vorausschauend zu gestalten.

Umso mehr komme es darauf an, die mit der Vorlage des Landesentwicklungsprogramms "Niedersachsen 1985" erreichte erste Phase des Planungsprozesses zu einem langfristig wirkenden politischen Schwerpunkt- und Rahmenprogramm werden zu lassen mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse in Niedersachsen entscheidend zu verbessern. Es sei eine besondere Leistung dieser Regierung, sagte Kubel, den Durchbruch zu einer Planung erreicht zu haben, die die Wechselwirkungen zwischen staatlichen und privaten Planungen und zwischen allen Ebenen des öffentlichen Bereichs zu einem System integrierter Aufgabenplanung entwickeln wolle.

Rudolf Henning
(-/2.7.1973/bgy/ex)

Realisierter Fortschritt überwindet Skepsis

Notwendige Anmerkungen zum Thema Bundeswehrhochschulen

Von Karl-Heinz Hansen MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Von Anfang an stand bei den sozialdemokratischen Mitgliedern des Verteidigungsausschusses fest, daß oberster Grundsatz für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Bundeswehrhochschulen die Vorbereitung einer vollständigen und reibungslosen Integration in zukünftige Gesamthochschulen zu sein hat. Diese aus den Grundlagen sozialdemokratischer Bildungspolitik abgeleitete Selbstverständlichkeit aussprechen, heißt gleichzeitig bestimmte Mindestforderungen an Struktur und Organisation der Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München zu stellen, denn allgemeine Grundsätze müssen sich in den Besonderheiten einzelner Projekte wiederfinden.

Was bedeutet das für die zukünftigen Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München?

1/ Freiheit von Forschung, Lehre und nicht zuletzt des Lernens sind durch entsprechende Organisation der Studieninhalte, der Studiengänge und der Lehrkörperstruktur zu sichern. Sie müssen mindestens den Regelungen des Bundeshochschulrahmengesetzes, das in den nächsten Wochen von der Bundesregierung vorgelegt werden wird, und in Hamburg denen des Hamburger Universitätsgesetzes entsprechen. Durchlässigkeit und Gleichberechtigung sind nur durch enge Zusammenarbeit der Bundeswehrhochschulen mit den örtlichen Landesuniversitäten zu erreichen, zu der z.B. auch die wechselseitige "Freizügigkeit" der Studenten gehört.

2/ Unbeschadet geltender gesetzlicher Bestimmungen müssen den Studenten der Bundeswehrhochschulen volle Mitbestimmungsrechte gewährt werden. Trotz des den bildungspolitischen Fortschritt nicht gerade fördernden Verfassungsgerichtsurteils, das den Hochschullehrern in Fragen der Lehre, Forschung und Berufung die weitgehende Erhaltung überholter Privilegien zubilligt, ist die gleichwertige Mitbestimmung aller Hochschulgruppen bei der Beratung und Entschliessung über alle der Selbstverwaltung unterliegenden akademischen

Angelegenheiten sicherzustellen. Dazu gehört nicht zuletzt (selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Landesuniversitäten) die von den Mitgliedern der Bundeswehrhochschulen gemeinsam zu erarbeitenden Studien- und Prüfungsordnungen. Die vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im April 1973 beschlossenen "Allgemeinen Grundsätze für das Prüfungswesen an den Hamburger Hochschulen" geben dafür ein gutes Modell ab.

3/ Ein wie auch immer geartetes Ordnungsrecht wird abgelehnt. Das Hausrecht des Präsidenten reicht für die Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" im Bereich der Bundeswehrhochschulen völlig aus. Daneben sollte den Hochschulsenaten allerdings aufgegeben werden, Grundsätze für ein Schlichtungsrecht zu entwickeln.

4/ Zu einer vollwertigen Hochschule gehört auch eine verfaßte Studentenschaft. Die Freiheit aller Studenten, sich in politischen Hochschulgruppen zu organisieren, muß garantiert sein.

Aus diesen unvollständigen Überlegungen zu einigen wichtigen Fragen der Organisation der Bundeswehrhochschulen folgt zwangsläufig, daß die "Vorläufigen Rahmenbestimmungen für Struktur und Organisation der Hochschule der Bundeswehr Hamburg" noch vor Eröffnung des Studienbetriebes in wesentlichen Punkten geändert und ergänzt werden müssen. So sollte meiner Meinung nach beispielsweise die ersatzlose Streichung des vorgesehenen "Leiters des Studentenbereichs" ernsthaft geprüft werden. Es ist zu hoffen, daß der Verteidigungsausschuß vor einer Inkraftsetzung der endgültigen Fassung Gelegenheit bekommt, dazu Stellung zu nehmen, denn nur durch die tatsächliche bildungspolitisch fortschrittliche Vorbildlichkeit der Bundeswehrhochschulen kann die Skepsis in weiten Kreisen von Professoren, Studenten und Bevölkerung gegenüber diesen Neueinrichtungen wirklich aufgehoben werden.

(-/2.7.1973/bgy/ex)